

Albrecht Triller Erich-Weinert-Str. 1 16227 Ebersw

Stadtverordnetenversammlung am 26.04.2012

Fragen zum Bericht des Bürgermeisters bzw. Fragen im Rahmen der
Stadtverordnetenfragestunde

Sehr geehrter Herr Boginski,

die MOZ informierte am 18.04.2012 über Äußerungen von Ihnen zum Thema
HOKAWE mit folgendem Wortlaut:

„Der Eberswalder Bürgermeister, Friedhelm Boginski (FDP) plädiert für eine Entscheidung des Kreistages zugunsten der neuen Barnimer Energiegesellschaft und des Heizkraftwerkes Eberswalde: „Soweit hierdurch auch noch der Fernwärmepreis um zehn Prozent reduziert werden könnte, hätte dies für viele Eberswalderinnen und Eberswalder und zahlreiche Unternehmen und Einrichtungen eine spürbare Entlastung zur Folge.“ Boginski macht darauf aufmerksam, dass das Holzkraftwerk vom Landesumweltamt genehmigt und zum Zeitpunkt seiner Inbetriebnahme weithin befürwortet worden ist. Er sieht es als „zentralen Bestandteil“ der Umsetzung der Null-Emissions-Strategie“ im Barnim. Das vorgeschlagene Verfahren hin zu einem vom Kreis geführten Kraftwerk sei der beste Weg für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Auch im Pelletwerk und in den Technischen Werken, die den Eberswalder Binnenhafen betreiben. Umschlag und Wirtschaftlichkeit des Hafens würden in nicht unerheblicher Weise durch das Holzkraftwerk bestimmt.“

Es war Ihnen sicher klar, dass Sie mit diesen Äußerungen Einfluss auf die am selben Tag vorgesehene Abstimmung über den Erwerb des HOKAWE durch den Landkreis nehmen würden. Möglicherweise war dies noch von besonderem Einfluss auf Mitglieder der FDP-Fraktion, die nach den öffentlichen Verlautbarungen gegen die Vorlage stimmen wollten, dann aber mehrheitlich nicht an der entscheidenden Sitzung teilnahmen. Sie waren sich sicher auch dessen bewusst, dass Ihre Aussagen zugleich die städtische Energiepolitik tangierten, die aktuell in der Diskussion im politischen Raum steht.

Ihre Erklärung in der Presse wirft für mich folgende Fragen auf:

1. Was hat Sie dazu bewogen, sich in dieser Frage und zu diesem Zeitpunkt öffentlich zu äußern? Sie haben sich bisher zu den Fragen der städtischen

- Energiepolitik **nicht** geäußert, obwohl die Debatte darüber seit mehr als zwei Jahren in verschiedenen städtischen Gremien geführt wird.
2. Worüber soll in der Klausurberatung des Energieausschusses beraten werden, wenn Sie die Ergebnisse der geplanten Diskussion mit Ihren öffentlichen Standpunkterklärungen vorweg nehmen?
 3. Welche konkreten Zahlen und Angaben liegen Ihnen dafür vor, dass die Fernwärmepreise um 10 Prozent sinken könnten, wenn der Landkreis das HOKAWE weiter führt? Worauf sollen sich diese zehn Prozent beziehen und wäre dieser Preisnachlass hinreichend?
 4. Als Gesellschaftervertreter und Aufsichtsratsvorsitzender der WHG hatten Sie seit Jahren die Möglichkeit (und nach meiner Meinung auch die Pflicht) auf die Fernwärmekosten der Mieter der WHG Einfluss zu nehmen. Was haben Sie bisher dazu getan? Wie sind Sie mit den Erwartungen der Interessengemeinschaft der Mieter umgegangen, den Fernwärmepreis zu senken, wo doch die WHG für Nahwärme mindestens 20 % weniger berechnet, als EWE für Fernwärme?
 5. Ihnen sind Berechnungen über mögliche Kosteneinsparungen für die Mieter durch Installation einer Nahwärmeversorgung bekannt. Sie kennen den Streit um einen korrekten Preisvergleich von Nah- und Fernwärme, wie ihn die Firma Dieme einerseits und Pomraenke / Triller andererseits ermittelt haben. Die WHG macht aber keine Anstalten zu einer Richtigstellung der von ihr übernommenen Dieme-Zahlen bzw. zu einer Klärung der unterschiedlichen Berechnungen. Haben Sie darauf schon Einfluss genommen?
 6. Sie betonen stets, die Verwaltung wäre Vollzugsorgan des politischen Willens der Stadtverordneten. Deckt sich ihre öffentliche Äußerung zum HOKAWE mit dieser Aussage?

A handwritten signature in black ink, appearing to be the name 'Pini'.